



IT-Experten unter sich.

KARIKATUR: TOMICEK

LEITARTIKEL

Die Freiheit, einfach abzuschalten



VON SASCHA AURICH

- Robert Habeck kündigt Rückzug aus Facebook und Twitter an
- Grünen-Chef nennt Datendiebstahl als einen der Gründe für den Schritt
- Auch eigene Fehler im Umgang mit den Netzwerken spielen eine Rolle

Was Robert Habeck zweifellos herausragend kann: kommunizieren. Und natürlich auch in zeitgemäßer Form. Der Grünen-Chef ist sein eigenes Medium, um eine Botschaft zu senden, braucht der 49-Jährige nur sich selbst und das Internet. In seinem Online-Tagebuch verkündet er am Montagmorgen überraschend seinen Rückzug aus den sozialen Netzwerken Facebook und Twitter. Besonders letzteres hat ihm, wie er schreibt, eine schlaflose Nacht bereitet. „In keinem anderen Medium gibt es so viel Hass, Böswilligkeit und Hetze“, behauptet Habeck in dem kurzen Text. Und: „Offenbar triggert Twitter in mir etwas an: aggressiver, lauter, polemischer und zugespitzter zu sein – und das alles in einer Schnelligkeit, die es schwer macht, dem Nachdenken Raum zu lassen. Offenbar bin ich nicht immun dagegen.“

Was Habeck außerdem umtreibt: Der Datenklau, der kürzlich bekannt wurde, betraf auch ihn und seine Familie. „Maßgeblich über Facebook“, wie er schreibt, wurden die Daten entwendet. Weshalb er auch dort seinen Account löschen werde.

Findet Habeck bei Facebook und Twitter nun nicht mehr statt? Nein. Man muss sich dort nicht selbst verbreiten, um verbreitet zu werden. Schadet ihm sein Rückzug am Ende politisch, wie er sich in dem Blog-Eintrag selbst fragt? Wohl kaum. Habeck ist in den Netzwerken zwar aktiv, dort aber keine herausragende Figur. Jeweils knapp 50.000 Menschen verfolgen auf Twitter und Facebook seine Aktivitäten – das sind nicht viele für einen Politiker in einem Land mit mehr als 80 Millionen Menschen. Außerdem: Viel wichtiger als jene, die er dort verliert, sind diejenigen, die er mit seiner Kritik an der unschönen Seite der Digitalisierung erreicht. Sind wir nicht alle potenzielle Opfer von Datendieben? Kann nicht jeder, der sich in sozialen Netzwerken bewegt, mit nur einer ungeschickten Äuße-

rung in einen Shitstorm geraten? Sind wir nicht alle ein bisschen Habeck? Sein Schritt, der auf den ersten Blick vor allem als Wagnis wahrgenommen wird, ist die menschliche Reaktion auf ein ungutes Gefühl.

Spannender noch als das Geschick, mit dem Habeck – auch ohne soziale Netzwerke – das Persönliche mit Politik verquickt, sind die Fragen, die hinter diesem Unbehagen liegen. Wie umgehen mit der permanenten Bedrohung im digitalen Raum, der offensichtlich viel weni-

Wichtiger als jene, die Habeck bei Facebook verliert, sind diejenigen, die er mit seiner Kritik an der unschönen Seite der Digitalisierung erreicht.

ger engmaschig kontrolliert und überwacht werden kann als der öffentliche? Was tun gegen Hass und Häm?

Nicht die Maschine ist das Problem, sondern der Mensch, der sie bedient, sagen die Verteidiger des digitalen Fortschritts. Dieser Satz ist wahr, in ihm steckt aber auch schon die Lösung so manchen Problems – nämlich die Freiheit, abzuschalten. Habeck schaltet ab. Und leistet damit einen Beitrag zu der Debatte, was die Digitalisierung mit uns macht – und was wir mit uns machen lassen. Denn offensichtlich nähern wir uns einem Zustand, der mehr schlechte als gute Gefühle verursacht.

sascha.aurich@freiepresse.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Medien Union GmbH Ludwigshafen
Verlag: Chemnitz Verlag und Druck GmbH & Co. KG
09111 Chemnitz, Brückenstraße 15
oder 09002 Chemnitz, Postfach 261
Telefon: 0371 6560
Telefax Redaktion: 0371 656-17084
Telefax Anzeigen: 0371 656-17077
Internet: www.freiepresse.de
E-Mail: die.tageszeitung@freiepresse.de
Geschäftsführer: Ulrich Lingnau
Chefredakteur: Torsten Kleditzsch
(verantwortlich für den redaktionellen Teil)
Stellvertretende Chefredakteur: Udo Lindner, Jana Klameth
Mitglied der Chefredaktion: Sascha Aurich
Anzeigenleitung: Gesamt: Tobias Schniggenfittig
(verantwortlich für den Anzeigenteil)
National: Alexander Arnold
Leiter Leserkontakt: Arne Stuck

Der Abonnementpreis der Freien Presse beträgt monatlich 31,10 € frei Haus und ist im Voraus zu bezahlen, bei Postbezug im Inland 39,90 €, jeweils einschließlich 7 % Mehrwertsteuer.

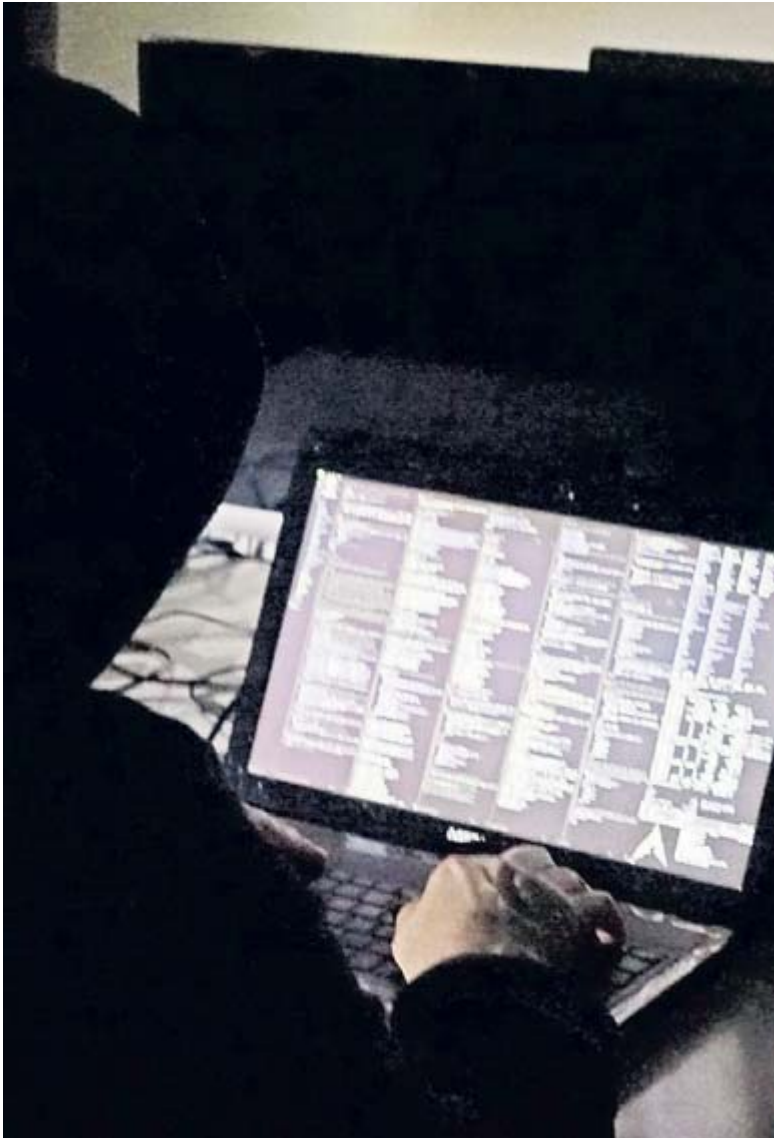
Abbestellungen können nur zum Quartalsende ausgesprochen werden und müssen sechs Wochen vorher schriftlich beim Verlag oder den Geschäftsstellen vorliegen. Die Zusteller sind nicht berechtigt, Abbestellungen anzunehmen.

Sämtliche Beiträge in der Freien Presse oder in Freie Presse Online unterliegen dem Schutz des Urheberrechts. Zweitverwertungsrechte an Freie Presse-Beiträgen (für Pressespiegel, Archive etc.) können erworben werden bei der PMG Presse-Monitor GmbH, Markgrafenstraße 62, 10969 Berlin, Telefon: 030 284930, E-Mail: info@presse-monitor.de, oder direkt beim Verlag.

DAS THEMA: DATENDIEBSTAHL

Hacker-Angriff mit Folgen

Der massenhafte Raub von Privatdaten hätte vermieden werden können, sagt Hans-Wilhelm Dünn, Präsident des Cybersicherheitsrates. Grünen-Chef Habeck zieht Konsequenzen.



Zugriff aus dem Cyberraum: Der Datenklau bei deutschen Politikern und Promis sorgt weiter für Debatten über Sicherheit im Netz. FOTO: PAUL ZINKEN/DPA

„Es ist erschreckend viel Fahrlässigkeit im Spiel.“

Welche Möglichkeiten zum Selbstschutz müsste es für alle anderen geben, etwa auch für Normalbürger?

Wer sich ein Haushaltsgerät zulegt, schließt oft auch einen Wartungsvertrag ab. Wir setzen uns in der Regel nicht selbst hin und basteln an den Geräten herum. Wir rufen den Kundendienst. Einen solchen müsste es auch für die IT-Infrastruktur geben, also einen Dienstleister, der in regelmäßigen zeitlichen Abständen vorbeikommt und die Hard- und Software wartet. Womöglich gibt man damit zwar auch ein Stück seiner Daten preis. Aber dafür gibt es Gesetze, die den Datenschutz im

Brauchen wir also eine neue Kontrollbehörde mit weiter reichenden Möglichkeiten?

Nein, wir brauchen keine neue Behörde. Notwendig ist vielmehr eine

Erweiterung der Befugnisse und Ressourcen der bestehenden Behörden wie dem BSI. Doch auch das wird nicht ohne Weiteres möglich sein. Denn die Abgeordneten legen großen Wert auf ihrer Unabhängigkeit. Deswegen werden viele von ihnen bei der Arbeit keine externen Behörden dabeihaben wollen. Da wird es einen Klärungsprozess geben müssen.

Umgang mit Dienstleistern regeln.

Haben Anbieter von IT-Technik oder Internet-Angeboten eine Mitverantwortung, wenn sie Nutzer und Kunden nicht auf bestehende Sicherheitsrisiken hinweisen?

Natürlich sind alle Beteiligten gefordert. Aber es ist durchaus auch eine Frage, die sich an die Hersteller richtet. Wenn ich ein Flugzeug kaufe, erwarte ich, dass dieses sicher starten und landen kann. Das Gleiche erwarte ich von Systemen oder Angeboten im Internet. Wenn ein Hersteller ein entsprechendes Produkt anbietet, will ich davon ausgehen können, dass er in Sachen Cybersicherheit das Erforderliche getan hat. Wir brauchen Gesetze, die konkret vorgeben, welchen Sicherheitskriterien bestimmte IT-Produkte genügen müssen, bevor sie auf dem Markt zugelassen werden. Es muss wie in anderen Branchen klare Standards geben, die Hersteller einzuhalten haben.

In diesen Tagen macht der Begriff des ‚Hackback‘ die Runde. Er beschreibt die Möglichkeit, bei einem Hackerangriff zum Gegenschlag auszuholen und generische Computerserver zu zerstören. Kann das eine Lösung sein?

Nein. Es ist ein Unwort. Denn es suggeriert, es wäre ohne Weiteres möglich, einen Angreifer zu identifizieren und sogar seine Infrastruktur in einem Gegenschlag auszuschalten. Das ist absurd. Erstens merken wir oft nicht, wenn wir angegriffen werden. Statistisch dauert es sogar mehrere hundert Tage, bis ein Angriff festgestellt wird. Zweitens ist es sehr schwer herausfinden, wer hinter einer Hacker-Attacke steckt. Technisch ist das eine riesige Herausforderung. Bei den jüngsten Vorfällen wurden der oder die Angreifer bis heute nicht identifiziert.

Hans-Wilhelm Dünn

Der Diplomverwaltungswirt ist seit vergangenen November Präsident des Cybersicherheitsrats Deutschland e.V. und war 2012 eines der Gründungsmitglieder des überparteilichen Vereins. Die Organisation berät Behörden, Firmen und Politiker in Fragen der Cybersicherheit und im Kampf gegen die Cyberkriminalität. Von 2007 bis 2009 war Dünn Referent im Wirtschaftsministerium von Brandenburg und hatte danach verschiedene Aufsichtsratsmandate inne. (ape)



FOTO: CSRD

Grünen-Chef steigt bei sozialen Netzwerken aus

Habeck verzichtet auf Twitter und Facebook nach zum Teil selbst verursachten Ärger – Unverständnis bei Kollegen

BERLIN – Als Konsequenz aus Ärger um Wahlkampf-Tweets und den Datendiebstahl verabschiedet sich Grünen-Chef Robert Habeck aus den Online-Netzwerken Twitter und Facebook. Das sagte er gestern vor Beginn einer Vorstandsklausur der Grünen in Frankfurt (Oder). Twitter sei ein „sehr hartes Medium, wo spaltend und polarisierend geredet wird“, sagte er. Das färbe auch auf ihn ab. Zudem bedauerte Habeck seine Äußerungen in einem Wahlkampfsport zu Thüringen, in dem er die Demokratie in dem Land indirekt infrage gestellt hatte.

Zudem seien private Informationen über Twitter verbreitet worden. Da auch Facebookdaten ausgelesen worden seien, werde er auch dort seine Aktivitäten einstellen. Habeck war einer der Hauptbetroffenen des großangelegten Datendiebstahls, der in der Nacht zum Freitag bekannt geworden war. Der Grünen-Chef hatte sich am

Vortag mit einem Aufruf zur Unterstützung bei der Landtagswahl in Thüringen Spott und Kritik zugezogen. In einem von den Thüringer Grünen veröffentlichten Video sagte er: „Wir versuchen, alles zu machen, damit Thüringen ein offenes, freies, liberales, demokratisches Land wird, ein ökologisches Land.“ Das sorgte für Irritationen – zumal die Grünen in Thüringen bereits mit in der Regierung sind.

Robert Habeck
Grünen-Chef



FOTO: HENDRIK SCHMIDT/DPA

Vor der bayerischen Landtagswahl im Oktober hatte er gefordert, die CSU-Alleinherrschaft zu beenden, damit man sagen könne: „Endlich gibt es wieder Demokratie in

Bayern“. Auch dafür war er heftig kritisiert worden. „Ich habe mich gefragt, wie ich den gleichen Fehler zweimal machen kann“, sagte Habeck gestern. Das sei „einfach nur dämlich“ gewesen. Er habe eine schlaflose Nacht gehabt. „Deswegen werde ich da aussteigen.“ Dem Bayerischen Rundfunk sagte Habeck mit Blick auf die Äußerung zu Thüringen: „Ich beiß mir in den Arsch. Ich bin von mir selber entsetzt.“

Die Entscheidung Habecks stieß bei vielen Politikern auf Unverständnis. Politiker müssten dort sein, wo Debatten stattfinden, erklärte SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil. „Kritik und Anregungen sind wichtig für unsere Arbeit. Es ist richtig, sich für eine demokratische und faire Debatte im Netz einzusetzen. Schade, dass Robert Habeck sich dagegen entschieden hat.“

Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) schrieb auf Twitter, er respektiere die Entscheidung: „Nie-

mand muss socialmedia nutzen. Aber auch TV-Kameras & Mikrofone können ‚abfärben‘, wenn wir nicht aufpassen. Öffentliche Existenz heißt immer die Bereitschaft, der Versuchung zu widerstehen.“

Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) sagte dem Redaktionsnetzwerk Deutschland, auch ein sympathischer Politiker wie Habeck könne mal Fehler machen. Aber: „Einen Rückzug finde ich falsch.“ Stattdessen müssten alle lernen, mit den sozialen Netzwerken und der Sicherheit im Netz besser umzugehen.

Daniel Mönch, politischer Geschäftsführer der Piratenpartei, mahnte: „Die Debatte im Netz darf nicht intoleranten und undemokratischen Kräften überlassen werden. Hier setzt Habeck ein fatales Signal.“ Grünen-Chefin Annalena Baerbock will dagegen weiter in den sozialen Netzen aktiv sein, wie sie gestern sagte. |dpa

Leitartikel